

An den Oberbürgermeister
Herr Dieter Reiter
80331 München

München, 19. Februar 2026

Anfrage
zum angekündigten Rückbau der MVHS-Integrationskurse

Am 18.2. berichtet die Süddeutsche Zeitung, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) „ohne Vorwarnung“ eine Verfügung erlassen hat, künftig keine Anträge auf freiwillige Teilnahme an Deutsch- und Integrationskursen mehr zu genehmigen, und zwar rückwirkend zum 1. Dezember 2025

Wir bitten den Oberbürgermeister folgende Fragen zu beantworten:

- wie viele Integrationskurse mit wie vielen Teilnehmenden wurden seit 1.1.25 durchgeführt?
- was sind die Gesamtkosten für diese Kurse seit 1.1.25?
- wieviel wurde von Teilnehmenden selbst bezahlt, wieviel wird anteilig von der LHM übernommen und wieviel vom Bund?
- gibt es noch mitfinanzierende Partner wie Sozialverbände oder Stiftungen? Wenn ja, wie hoch sind deren Anteile?
- wie hoch ist der Fehlbedarf, um die Kurse in unveränderter Form weiterhin anbieten zu können?
- wie will die Stadtspitze auf diesen Affront reagieren? Werden juristische Maßnahmen geprüft?
- welche Maßnahmen will die Stadtspitze ergreifen, um trotz finanzieller Eingriffe von außen den Fortbestand der „Münchner Linie“ einer bestmöglichen Integrationsförderung beibehalten zu können?

Begründung

Der drohende Abbau der Integrationskurse an der MVHS ist für ein demokratisches, vielfältiges Gesellschaftsverständnis völlig widersinnig. Integrationskurse an der MVHS dürfen keinesfalls reduziert werden, sondern müssten vielmehr ausgebaut werden.

Für München bedeutet der Abbau der Kurse: Deutschlands größte Volkshochschule, zugleich die größte Anbieterin von Deutsch- und Integrationskursen in der Landeshauptstadt, verliert ohne Vorwarnung und ohne Übergangsfrist etwa 1.200 Teilnehmende. Das sind rund 45 Prozent der Belegungen in ihren Integrationskursen. Annähernd 250 Kurse an der MVHS stehen durch die Entscheidung des Bundes auf der Kippe. Für die Münchner Volkshochschule bedeuten die abrupten Kürzungen: Sie kann vielen hochqualifizierten und spezialisierten Dozierenden, die auf Honorarbasis im Bereich der Integrationskurse arbeiten, keine berufliche Perspektive bieten. Fixkosten für hauptamtliche Mitarbeitende und die Anmietung von Kursräumen laufen jedoch weiter.

Zusätzlich zum integrativen Ansatz der Landeshauptstadt wirkt sich diese Entscheidung auch auf zugewanderte Fachkräfte aus. Die Stadt ist aber auch als Wirtschaftsstandort auf zugewanderte Arbeitskräfte und auf engagierte Bürger*innen angewiesen, die sich sprachlich und kulturell hier zuhause fühlen. Ohne sprachliche Integration geraten sie ins soziale Abseits. Nur mit freiem Zugang zu Deutsch- und Integrationskursen ist sichergestellt, dass Neu-Münchner*innen mittel- und langfristig ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten und am gesellschaftlichen Leben der Stadt teilhaben. Der Programmbereich Deutsch und Integration der MVHS zählt jährlich rund 40.000 Anmeldungen und trägt maßgeblich dazu bei, Menschen sprachlich für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Darüber hinaus qualifiziert die Münchner Volkshochschule besondere Zielgruppen, wie zum Beispiel zugewanderte Frauen, in eigenen Projekten für den Arbeitsmarkt oder begleitet junge Geflüchtete bis zum Schulabschluss. Die Landeshauptstadt muss alle Hebel in Bewegung setzen, um die bisherigen Standards aufrecht zu erhalten, wenn nicht gar weiter auszubauen.

Thomas Lechner, Stadtrat